



Es steht noch lange nicht fest, wo die Castor-Behälter mit dem Atommüll einmal endgelagert werden sollen. Foto: BGZEs gibt noch nicht annähernd eine Vorauswahl.
«Guido Dieckmann (parteilos), Beverstedts Bürgermeister

Montag, 04. Oktober 2021

Atommüll-Endlager in Beverstedt?

Von Ursel Kikker

Beverstedt. Ihre Gemeinde sei „für ein Atommüll-Endlager von sehr großem Interesse“? Die Mitteilungen des Ingenieurs Volker Goebel haben Beverstedter Bürger aufgeschreckt. Der Mail-Verteiler ist lang: Vom Kindergarten über Unternehmen bis zu Gemeindevertretern. Was will dieser Mann, der aus Nordrhein-Westfalen kommt und jahrelang in der Schweiz gearbeitet hat?

So viel vorneweg: Eine engere Standortauswahl, wo die hochgefährlichen Hinterlassenschaften einmal versenkt werden könnten, gibt es noch gar nicht. Die Suche nach einem Platz für ein Atommüllendlager ist gestartet, ja. Es sind 90 Teilgebiete benannt worden, in denen sich die Bundesgesellschaft für Endlagerung mbH (BGE), ein bundeseigenes Unternehmen, bewegt. Diese teilweise riesigen Flächen wurden rein nach geologischen Kriterien benannt. Grundsätzlich als geeignet für die Endlagerung gelten demnach drei Gesteinstypen: Steinsalz, Tongestein und kristallines Wirtsgestein (Granit). Sie müssen zudem bestimmte Anforderungen erfüllen, unter anderem in puncto Mächtigkeit. Zusammengenommen wurde die Hälfte Deutschlands als potenziell geeignet eingestuft – und ja, auch die Gemeinde Beverstedt ist dabei wie fast das gesamte Cuxland. Tief unter dem Gemeindegebiet sind Salz- und Tonvorkommen anzutreffen. Trotzdem besteht auch die Möglichkeit, dass Beverstedt in der zweiten Runde rausfliegt. „Es gibt noch nicht annähernd eine Vorauswahl“, sagt Beverstedts Bürgermeister Guido Dieckmann (parteilos). Deshalb sieht er keine Veranlassung, auf die Mails zu reagieren, deretwegen sich auch im Rathaus einige Bürger gemeldet hatten. Beim Kreis Cuxhaven existiert eine Arbeitsgruppe, über die die Endlagersuche verfolgt wird.

BGE sammelt Daten

Für die engere Auswahl sammelt die BGE derzeit weitere Daten. Im Frühjahr will sie ihre Methoden zur weiteren Eingrenzung vorstellen. Die danach ausgewählten Flächen werden im nächsten Schritt

oberirdisch erkundet. Auch dabei wird die Zahl der potenziellen Standortregionen noch mal reduziert. In der dritten Phase errichtet die BGE an mindestens zwei Standorten Bergwerke für eine unterirdische Erkundung. Das Ganze funktioniert also wie ein Filter. Jede Stufe muss der Bundestag absegnen. Bis zur Vorauswahl der oberirdisch zu erkundenden Standorte würden noch einige Jahre vergehen, so die Auskunft bei der BGE.

Wieso mailt Volker Goebel dann in diesem Stadium die Beverstedter bis hin zum Bürgermeister an? Der 55-Jährige ist ein sehr selbstbewusster Architekt und Ingenieur, der in Dortmund studiert hat, Mehrfamilienhäuser und Gewerbebauten umgesetzt hat, sich seit Jahren mit der Endlagerung hoch radioaktiver Abfälle beschäftigt und sich regelmäßig zum derzeitigen Suchprozess meldet, oft auch per Mail. Er hat nach eigenen Angaben eine Methode für den Bau eines tiefen, trockenen und gasdichten Endlagers entwickelt, die er – daraus macht er kein Hehl – auch verkaufen will. Ihm gehe es um die Sicherheit, die habe oberste Priorität, seine Bauweise sei sicherer als das Konzept der BGE, meint er. Angewendet wurde sie bisher noch nicht. Es gibt einfach keine vergleichbaren Endlager. Die Finnen werden die Ersten sein, die eines fertigstellen, in Granit.

Nach seiner Datenrecherche ist Goebel überzeugt, dass sich nördlich von Beverstedt eine der besten Geologien Deutschlands findet. Der Ingenieur räumt im Gespräch mit der NZ ein, dass er auch einer Handvoll anderen Kommunen gemailt habe, darunter Dorum und das emsländische Börger. Auch sie böten sich aus seiner Sicht an. Granitvorkommen, wie sie im Süden Deutschlands vorkommen, hat er von vornherein ausgenommen, weil er sie anders als die BGE für ungeeignet hält.

Nähe zur Nordsee

Er nennt noch einen Grund, warum sich eine Gemeinde wie Beverstedt aus seiner Sicht aufdrängt: eine Art Grenzlage durch die Nähe zur Nordsee, wo niemand mehr wohnt und die – so glaubt er zumindest – es auch Politikern leichter machen würde, dafür den Finger zu heben. Soweit seine Sicht der Dinge. Goebel empfiehlt den Bürgern, „eine kluge Taktik im Umgang mit dem Staat“ zu entwickeln, Bedingungen zu stellen, auf seine Methode zu setzen und Kompensationszahlungen zu fordern. Es sei im Sinne der gesellschaftlichen Verantwortung begrüßenswert, wenn sich Beteiligte zur Endlagersuche bekennen. „Eine Bewerbung einer Kommune ist nicht vorgesehen“, heißt es beim Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE). Beverstedts Bürgermeister Dieckmann sagte Anfang letzter Woche, er sehe kein Bedürfnis, mit Goebel zusammenzuarbeiten.